

## Kollek erhielt österreichische Staatsbürgerschaft

JERUSALEM: Der ehemalige Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek hat die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen bekommen. Wie Ehefrau Tamar Kollek am Montag mitteilte, übergab die Wiener Stadträtin Elisabeth Pitterman schon am vergangenen Donnerstag ein entsprechendes Dokument an Kollek. Kollek sei schon an seinem 90. Geburtstag im vergangenen Mai zum Wiener Ehrenbürger ernannt worden. Der jetzige Schritt sei nur die logische Folge gewesen.

Kollek wurde im Mai 1911 in Ungarn geboren und wuchs in Wien auf. 1935 kam er nach Palästina, das damals unter britischer Kontrolle stand. Von 1952 bis 1964 war er Berater des ersten israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion. Von 1965 an war er 28 Jahre lang Bürgermeister von Jerusalem, bevor er 1993 gegen den Likud-Politiker Ehud Olmert verlor.

## 10-Millionendieb in Hamburg gefasst



AARAU: Der 10-Millionen-Franken-Dieb aus dem Aargau ist gefasst. Michael Felder (Bild) ist am Montagvormittag von der Hamburger Polizei verhaftet worden. Ein Teil seiner Beute ist sichergestellt worden. Er sitzt in Deutschland in Auslieferungshaft.

Unter welchen Umständen Felder den Polizeibeamten ins Netz gegangen ist, konnte Rudolf Woodtli, Sprecher der Aargauer Kantonspolizei, am Montagabend noch nicht sagen. Kurz nach 12 Uhr am Montag sei die Kantonspolizei Aargau über die Verhaftung des 38-Jährigen unterrichtet worden.

Ebenfalls noch nicht bekannt ist, wie viel der veruntreuten 10 Mio. Franken in Hamburg sichergestellt worden sind. Felder wolle möglichst rasch in die Schweiz zurückkehren. Werde das Gesuch um ein abgekürztes Verfahren bewilligt, könne er innerhalb weniger Tage von Deutschland ausgeliefert werden, sagte Woodtli.

Wie viele Mittäter in den 10-Millionen-Coup vom Freitag verwickelt waren, ist laut Woodtli ebenfalls noch offen. Der 37-jährige Mann aus dem persönlichen Umfeld Felders, der am Samstagabend im Kanton Zürich festgenommen worden war, werde dringend der Mittäterschaft verdächtigt. Er besitze kein Alibi für die Tatzeit.

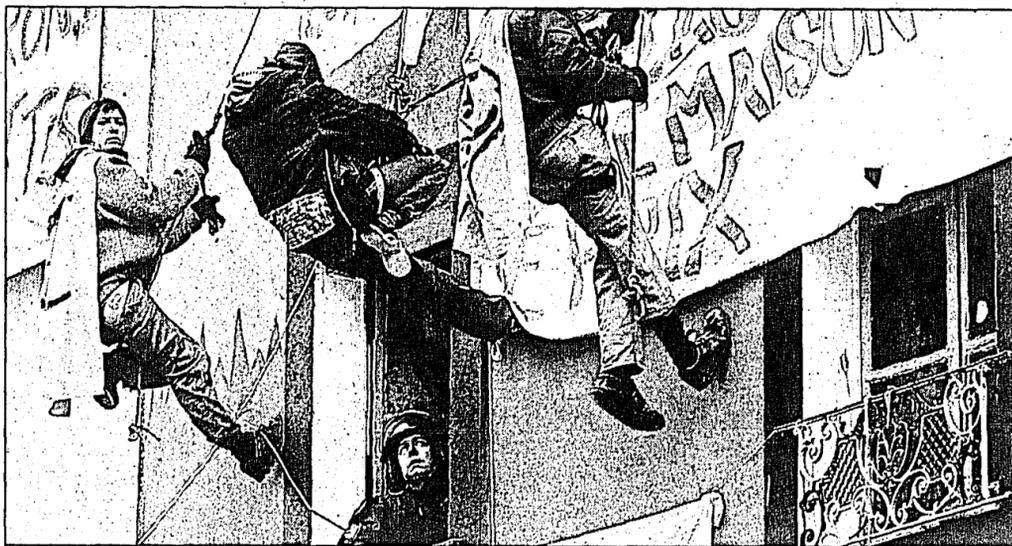
Die Polizei schliesst nicht aus, dass der 37-Jährige den Mietwagen gefahren hat, mit dem das veruntreute Geld am Freitagmittag von einem Parkplatz in Neuenhof AG abtransportiert worden war. Das später auf einem Parkplatz in Baden gefundene Mietauto wird kriminaltechnisch untersucht.

Felder war von der Aargauer Kantonspolizei wegen Veruntreuung von 10 Mio. Franken gesucht worden. Als leitender Angestellter der Aarauer Geldtransportfirma Züry AG hatte er am Freitag einen Geldtransport zu begleiten, der für die Schweizerische Nationalbank in Zürich bestimmt war.

# Räumungsaktion in Genf

Fünf Festnahmen nach Räumung eines besetzten Hauses in Genf

GENÈ: Bei der polizeilichen Räumung eines Hauses in Genf sind fünf Hausbesetzer festgenommen worden. Die rund 50 Hausbesetzer hatten sich geweigert, das Gebäude freiwillig zu räumen. Die Polizisten wurden mit Steinen und Golfbällen in Empfang genommen, wie die Genfer Kantonspolizei mitteilte. Einige der Besetzer banden sich mit Seilen an die Fassade fest. Mit Hilfe eines Kranwagens wurden sie dort abgeholt und festgenommen, wie die Polizei mitteilte. Einige der Hausbesetzer hatten zudem Absperrungen in Brand gesteckt. Dabei entwickelte sich so grosse Hitze, dass die Fensterscheiben einer nahegelegenen Kinderkrippe barsten. Acht Kinder und ihre Betreuerinnen mussten evakuiert werden. Insgesamt standen rund 100 Polizisten und Feuerwehrleute bei der Räumungsaktion im Einsatz.



## Grosses Interesse an Volksbegehren gegen tschechisches AKW Temelin

Unterschriftensammlung in Österreich bedroht Fortbestand der Koalition

WIEN: Das österreichische Volksbegehren gegen das umstrittene tschechische Atomkraftwerk Temelin stösst bei der Bevölkerung offensichtlich auf grosses Interesse. Vorübergehend kam es bei der Unterschriftensammlung sogar zu Warteschlangen.

Mit dem von den Freiheitlichen (FPÖ) initiierten Volksbegehren will die von Jörg Haider gegründete rechtspopulistische Partei den EU-Beitritt Tschechiens blockieren, solange das störungsanfällige Kernkraftwerk nicht abgeschaltet ist. Die tschechische Regierung hat das strikt abgelehnt.

«Wer Kinder hat, muss gegen Temelin sein», sagte der langjährige FPÖ-Chef und heutige Kärntener Ministerpräsident Jörg Haider bei der Abgabe seiner Unterschrift in Klagenfurt. «Wenn Temelin nicht geschlossen wird, gibt es keinen EU-Beitritt Tschechiens.»

Mit ihrer Blockade-Forderung gegen Tschechien steht die Freiheitliche Partei (FPÖ) alleine. Das Volksbegehren wird auch von ihrem Koalitionspartner, der konservativen Volkspartei ÖVP von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel offen abgelehnt. Die ÖVP setzt auf Verhandlungen, um die Si-



Jörg Haider von den Freiheitlichen (FPÖ): «Wenn Temelin nicht geschlossen wird, gibt es keinen EU-Beitritt Tschechiens.»

cherheit des AKW-Betriebes zu verbessern. Sollten Hunderttausende die FPÖ-Initiative unterschreiben, könnte das letzten Endes zum Bruch der österreichischen Regierungskoalition und zu Neuwahlen führen. Die Abstimmung läuft bis zum kommenden Montag. Von Vertretern der Sozialdemokraten, der Grünen und von Umweltschutzorganisationen wird der FPÖ vorgeworfen, das Volksbegehren sei lediglich ein «parteitaktisches Manöver» der FPÖ. Wenn mehr als 100 000 Österreicher das Volksbegehren unterschreiben, muss das Anliegen im Parlament behandelt werden.

### Schwere Belastungsprobe

Meinungsforscher rechnen mit 400 000 bis 700 000 Unterschriften. In diesem Fall dürfte der Druck auf die Regierung wachsen. Politische Beobachter sehen im Streit um Temelin die schwerste Belastungsprobe für den Zusammenhalt der Koalition seit ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren.

Temelin ist seit Oktober 2000 im Probebetrieb und soll im kommenden Jahr den kommerziellen Betrieb aufnehmen. Prager Politiker halten das Volksbegehren für eine «eher inner-österreichische Angelegenheit».

## 100 Jahre Parlamentsgebäude

Schweizer feiern Jubiläum mit Festakt, Ausstellung und Briefmarke

BERN: Am 1. April vor 100 Jahren wurde das Parlamentsgebäude eingeweiht und damit das Projekt «Bundespalast» vollendet. Das wollen die eidgenössischen Räte feiern: mit einem Festakt, einer Ausstellung, auf Internet und mit einer Briefmarke.

Als «Schlussstein» wurde das von Hans Wilhelm Auer im Stil des Historismus

erbaute Parlamentsgebäude mit seiner Kuppel zwischen die Bundeshäuser West und Ost eingesetzt. 16,2 Prozent der Bausumme von 7,2 Millionen Franken wurden für künstlerischen Schmuck ausgegeben – ein seither unerreichtes Verhältnis.

Wie der Stellvertretende Generalsekretär der Bundesversammlung, John Clerc, am Montag bei der Präsentation

des Jubiläumsprogrammes ausführte, wurden in dem Baudenkmal 70 Mitglieder des Bundesrates und zwei Generäle gewählt. 2000 Parlamentsmitglieder gingen ein und aus, Kaiser, Könige und Staatschefs wurden empfangen.

Als erstes wurde unter der Adresse «www.parlament.ch» ein Jubiläumsfenster eingerichtet. Es erlaubt ohne Personenkontrolle einen virtuellen Gang durch die Eingeweide des Bundeshauses. Am 12. März erscheint eine 90-Rappen-Briefmarke. Am 22. März, am letzten Tag der Frühjahrsession, findet der eigentliche Festakt statt.

Ab Mitte Juli bis Ende August wird das Parlamentsgebäude «ausgestellt». Fernrohre auf dem Bundesplatz werden auf die symbolischen Fassadenfiguren gerichtet. In der Kuppelhalle, den Sälen und Wandelhallen werden die Besucherinnen und Besucher mit den Reichtümern des Baus vertraut gemacht. Zudem kann an Hand eines Krimi-Comics die Welt des Bundeshauses vom Keller bis zur Kuppel kennen gelernt werden. Für das Jubiläumsprogramm sind rund 470 000 Franken budgetiert.



John Clerc (stv. Generalsekretär der Bundesversammlung) informierte über die Feierlichkeiten «100 Jahre Parlamentsgebäude», welche am 22. März 2002 in Bern stattfinden werden.

### Lebenslanglich statt Todesstrafe

BERN/KUNMING: Ein in China zum Tode verurteilter 34-jähriger Schweizer wird nicht hingerichtet. Die chinesischen Behörden wandelten die 1999 ausgesprochene Todesstrafe in lebenslängliche Haft um.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bestätigte gestern Medienberichte, wonach die Schweizer Botschaft in Peking letzten Donnerstag eine entsprechende Mitteilung der chinesischen Behörden erhalten habe.

Der Schweizer war 1999 von einem Gericht in Jinghong in Südwestchina für schuldig befunden worden, 1997 eine 16-Jährige ermordet zu haben. Der Schweizer hatte gegen das Urteil nicht rekurriert, um den Prozess nicht zu verlängern und die Umwandlung der Strafe in lebenslängliche Haft nicht zu verzögern. Bisher ist über den weiteren Haftverlauf noch nichts entschieden, erklärte EDA-Sprecherin Daniela Stoffel-Fätzer. Eine Überstellung des Verurteilten an der Schweiz sei nicht möglich, so lange es kein entsprechendes bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China gebe.